

Informationsblatt nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für Anmeldungen und Beitragserhebung im Rahmen der außerunterrichtlichen Betreuung in der Offenen Ganztagschule (OGS) bzw. in der Übermittagsbetreuung (ÜMI) der Stadt Rhede

Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Rhede von besonderer Bedeutung. Hiermit kommt die Stadt Rhede Ihrem Informationsanspruch nach und teilt Ihnen folgendes mit:

Verantwortlicher:	Stadt Rhede Der Bürgermeister Fachbereich 20 - Bildung und Soziales Rathausplatz 9, 46414 Rhede Telefon: 02872-930-0 Fax: 02872-49-930-0 Email: info@rhede.de
Datenschutz-beauftragte/r	Aktuelle Kontaktdaten zum Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie der Datenschutzerklärung unserer Webseite https://www.rhede.de Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter datenschutz-rhede@kaaw.de
Aufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW Kavalleriestraße 2–4, 40213 Düsseldorf Telefon: 0211-38424-0 Fax: 0211-38424-999 Email: poststelle@ldi.nrw.de
Zweck und Notwendigkeit	Die Verarbeitung der Daten (insbesondere erheben, übermitteln, speichern) erfolgt im Rahmen der Begründung und Durchführung der mit Ihnen geschlossenen Vereinbarung zur außerunterrichtlichen Betreuung.
Rechtsgrundlage:	Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO sowie in § 9 Abs. 3 Schulgesetz NRW i.V.m. nach der Satzung der Stadt Rhede über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der Offenen Ganztagschule (OGS) und der Übermittagsbetreuung (ÜMI) in Rhede (Elternbeitragssatzung) vom 21.12.2023
Empfänger der personenbezogenen Daten	Stadt Rhede, Rathausplatz 9, 46414 Rhede: Fachbereich 20 – Bildung und Soziales Finanzbuchhaltung der Steuerungsdienste 60
Übermittlung an Dritte:	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen als Betreuungsträger Schulleitung des Standorts der außerunterrichtlichen Betreuung Eine Datenübermittlung in ein Drittland erfolgt nicht.
Speicherdauer bzw. –kriterien	Die Daten werden für die Dauer der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist gem. § 12 Abs. 1 Nr. 3a KAG i.V.m. § 147 Abs. 3 S. 1 AO von 10 Jahren nach Austritt aus der außerunterrichtlichen Betreuung vorgehalten, sofern keine rechtliche Verpflichtung zur weiteren Verarbeitung Ihrer Daten vorliegt.
Betroffenenrechte:	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte: a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS - GVO („Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung“), sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS -GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. d) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).
Beschwerderecht:	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.